Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
in dem Parteiordnungsverfahren
20/1976/P
21.04.1977

Vorstand des SPD-Bezirks W W,
vertreten durch die Genossen P und D aus D

- Antragsteller -

g e g e n

R aus W

- Antragsgegner -

beigetreten: Vorstand des SPD-Ortsvereins W
vertreten durch den Vorsitzenden P[1] aus W

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung vom 21. April 1977 unter Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz und
Ludwig Metzger

entschieden:

Es wird festgestellt, daß R nicht mehr Mitglied der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.

Tatbestand

In seiner Sitzung vom 9.10.1976 beschloß der Bezirksvorstand des SPD-Bezirks W W Sofortmaßnahmen gemäß § 18 der Schiedsordnung gegen R und R[1] anzuordnen, weil sie den Wahlvorschlag der DKP für den Bundestagswahlkreis 122 unterschrieben hätten. Diese

Unterschriftsleistung sei in der Sitzung des Wahlausschusses für den Wahlkreis XX durch den Beisitzer des Wahlprüfungsausschusses G festgestellt worden.

In dem vor der Schiedskommission I des SPD-Bezirks W durch diese Sofortmaßnahme gemäß § 19 Abs. 1 Schiedsordnung anhängig gewordenen Parteiordnungsverfahren hat der Antragsgegner R mit Schreiben vom 23.10.1976 "Einspruch" gegen die Sofortmaßnahme eingelegt und mit Schreiben vom 29.10.1976 der Bezirksschiedskommission mitgeteilt, daß er an der für den 1. Dezember 1976 anberaumten mündlichen Verhandlung nicht teilnehmen werde. Die Schiedskommission I des Bezirks W W entschied in dieser Sitzung wie folgt:

"Die Genossen R und R[1], Ortsverein W, werden wegen Verstoßes gegen den § 6 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen."

In der Begründung dieser Entscheidung wurde die oben angeführte Begründung für die Sofortmaßnahme wiederholt und zusätzlich dar gelegt, daß auch der Genosse P[1] vom Vorstand des Ortsvereins W Äußerungen des Genossen R bestätigt habe, wonach der Antragsgegner R ihm gegenüber die Unterschriftsleistung nicht nur zugegeben, sondern auch auf seinem Recht bestanden habe, anderen Parteien als der SPD seine Unterschrift zu "leihen". In der gleichen Sitzung erklärte der als Zeuge vernommene G, daß er am 3.9.1976 sich auf der Sitzung des Kreiswahlausschusses bei der Vorlage der Wahlvorschläge besonders für die Vorschläge der NPD und der DKP interessiert habe. Ihm seien die Namen R besonders aufgefallen, da es selten vorkomme, daß drei gleiche Namen hintereinander auf einer solchen Liste stehen. Den Genossen P[1] habe er informiert. Da die Wahlvorschläge 14 Tage zur Einsicht ausgelegt hätten, sei er noch einmal hingegangen, um sich zu überzeugen, daß er sich nicht geirrt habe. Sein Gesuch, eine Fotokopie der Unterschriftsliste zu erhalten, sei vom Oberkreisdirektor abgelehnt worden.

Gegen diese Entscheidung der Bezirksschiedskommission I des Bezirks W W der SPD hat der Antragsgegner R mit Schreiben vom 22.12.1976 fristgemäß Berufung zur Bundesschiedskommission eingelegt und diese mit Schreiben vom 6.1.1977 begründet. In dieser von ihm als "Begründung zu meinem Einspruch vom 10.12.1976" übertitelten Schriftsatz bestreitet der Antragsgegner, daß er dem Genossen P[1] gegenüber die Unterschriftsleistung für die Liste der DKP zugegeben habe. Auch könne sich der Genosse P[1] auf die Aussage des Genossen G nicht stützen. Sie sei nicht als Beweismittel zu werten. Er bestreitet die Anwendungsmöglichkeit des § 6 auf seinen Fall und seine Person

und verweist auf seine Tätigkeit als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt W, wodurch er den "Voraussetzungen der SPD gerecht" werde. Er macht ferner Ausführungen zur FDP und ihrer in N mit der CDU eingegangene Koalition. "Hierbei" sehe er den § 6 des Parteistatuts nicht mehr gegeben. Er beantragt,

"den Antrag auf Ausschluß aus der SPD zurückzuweisen und für nichtig zu erklären."

In seinem Schreiben vom 28.1.1977 an die Bundesschiedskommission entschuldigt sich der Antragsgegner für die verspätete Übersendung seines Mitgliedsbuches und trägt vor, daß die Sofortmaßnahme wegen Fristüberschreitung unwirksam geworden sei.

Der Ortsverein W, von dem gemäß Begründungsbeschluß der Schiedskommission I des Bezirks W W vom 10. 12. 1976 Mitglieder des Vorstandes dem Verfahren beigetreten waren, nahm durch ein Schreiben seines Vorsitzenden P[1] vom 1.2.1977 zu der Einlassung des Antragsgegners Stellung. Im wesentlichen erklärt der Genosse P[1], daß er die Kenntnis von der Unterschriftsleistung des Antragsgegners durch mündliche und schriftliche Information des Genossen H. G erhalten habe. Im übrigen beschäftigt sich auch diese Einlassung mit dem Arbeiterwohlfahrts-Vorsitz des Antragsgegners und anderen für dieses Verfahren unerheblichen Vorbringen. Das gleiche gilt für weitere Schriftsätze des Antragsgegners, die sich im wesentlichen mit Verhaltensweisen des Genossen P[1] beschäftigen und seine Unterschriftsleistung für die DKP-Liste bestreiten.

Begründung

Die Bundesschiedskommission hat keinen Anlaß, an der Aussage und Erklärung des Genossen G zu zweifeln, der auch nach seiner Aussage in der mündlichen Verhandlung der Schiedskommission I des Bezirks W W sich durch nochmalige Einsichtnahme in die Unterschriftenliste des Wahlkreisvorschlags der DKP von der Unterschriftsleistung des Antragsgegners überzeugt hat.

Es ist in ständiger Rechtsprechung der Bundesschiedskommission wie auch durch das OLG Karlsruhe mit Beschluß vom 25. März 1977 entschieden worden, daß Unterschriften unter Wahlvorschläge keiner Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

Gemäß § 6 Abs. 1 Organisationsstatut ist die Tätigkeit, Kandidatur oder Unterschriftsleistung für eine andere politische Partei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Sie sind als

Austrittserklärung aus der SPD zu werten. (Vgl. u.a. Entscheidungen der Bundesschiedskommission in Sachen J/ O und J und J[1]). Es bedarf keiner besonderen zusätzlichen Willenserklärung, um diesen rechtlichen Erfolg herbeizuführen. Sonst hätte § 6 Abs. 1 nicht von Unvereinbarkeit ohne weitere Bedingungen sprechen können. Da der Antragsgegner nach der Erklärung des Genossen G eine solche Unterschrift für eine andere Partei geleistet hat, hat er mit dieser Unterschriftsleistung die Mitgliedschaft in der SPD verloren. Wäre diese automatische Folge nicht eingetroffen, müßte aber der Ausschluß auf Grund von § 35 Abs. 2 Ziffer 4 Organisationsstatut bestätigt werden, da von Mitgliedern einer politischen Partei und dazu noch politisch (Arbeiterwohlfahrts-Vorsitz) anderweitig aktiven Mitgliedern der SPD die Tragweite einer Unterschriftsleistung für eine andere Partei erkannt werden muß und der dadurch eintretende Schaden für die SPD - noch dazu in einem Wahlkampf - besonders erheblich sein wird.

Hinsichtlich der in der Entscheidung der Vorinstanz erwähnten Antragsgegnerin R[1] war eine Entscheidung durch die Bundesschiedskommission nicht zu fällen, da von R[1] kein Antrag auf Berufung vorlag. In ihrem Fall ist durch Fristablauf die Entscheidung der Bezirksschiedskommission I des Bezirks W W der SPD rechtskräftig geworden.